

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

A

Nr. 16

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von Mk. 1,00 pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln.

Köln,
den 16. April 1926.

Anzeigenpreis für die viereckige, Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellenangebote und -Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Verstand befinden sich Köln, Dorotheenwall 9. Telephonruf West 51544. — Redaktionschluss ist Samstag-Mittag.

27. Jahrg.

Zum 11. Gewerkschaftskongress.

In den Tagen vom 17. bis 20. April findet in Dortmund der 11. Kongress der christlichen Gewerkschaften statt. Schon der Tagungsort des 10. Kongresses — Essen — befand sich inmitten des wichtigsten deutschen Industriegebietes. Auch Dortmund ist eine der größten westdeutschen Industriestädte. Es sollte gerade diesmal durch die Wahl des Tagungsortes zum Ausdruck gebracht werden, daß die Gewerkschaftsbewegung in engster Verbindung mit der Wirtschaft unseres Volkes steht.

Der 10. Kongress der christlichen Gewerkschaften fand in der Zeit vom 21. bis 24. November 1925 statt. 5½ Jahre sind also verfloßen, seitdem die christlichen Gewerkschaften Deutschlands von ihrer höchsten Stelle aus zu wichtigen Fragen des Wirtschafts- und Volkslebens Stellung genommen haben. Wohl hat im Oktober 1924 in Köln eine größere Tagung stattgefunden, bei der aber in erster Linie das 25. Bestehen der christlichen Gewerkschaftsbewegung gefeiert wurde.

Ereignisse von schwerwiegender Bedeutung fallen in die Zeit, über die der Ausschuß des Gesamtverbandes nun Bericht zu erstatten hat. Am schwersten wurde die deutsche Gewerkschaftsbewegung durch die in die Berichtszeit fallende Inflation betroffen. Ganz abgesehen davon, daß infolge der Geldentwertung auch den einzelnen Verbänden die Vermögensbestände zusammenschmolzen sind, hat die Inflation geradezu katastrophal gewirkt in bezug auf die Beitragsleistung innerhalb der Verbände. Nach Stabilisierung der Mark war darum ein mühsamer Aufbau erforderlich, um den Gewerkschaften aus laufenden Mitteln die alte Schlagkraft wiedergeben. Weil ein großer Teil der deutschen Arbeiter verstanden hat, daß auch im demokratischen Volksstaate für den einzelnen Stand die Selbsthilfe erforderlich ist, war es gelungen, während der Jahre 1924 und 1925 die Beitragsleistung in den einzelnen Verbänden wieder auf eine normale Höhe zu bringen. Nun setzte in der zweiten Hälfte des Jahres 1925 eine Wirtschaftskrise ein, wie wir sie seit vielen Jahrzehnten in Deutschland nicht mehr erlebt haben. Teils als Folge der aus dem „Friedensverträge von Versailles und den späteren Abmachungen für das deutsche Volk sich ergebenden Belastungen, zum Teil aber auch aus dem Verstreben der Unternehmer nach Rechtsmachung der Arbeiterschaft sich ergebend, brach die furchtbare Wirtschaftskrise über uns herein. Die Hauptleidtragenden einer jeden Wirtschaftskrise sind immer die Arbeitnehmer.

Die deutsche Wirtschaftskrise hat ihr Ende noch nicht erreicht. Wohl machen sich Anzeichen bemerkbar, die die berechnigte Hoffnung zulassen, daß eine Besserung kommt. Doch werden wir damit rechnen müssen, daß diese Besserung sich nur sehr langsam vollzieht. Und gerade in diesem Augenblick haben die christlichen Gewerkschaften der deutschen Arbeiterschaft und dem deutschen Volke manches zu sagen. Sehr reichhaltig ist darum auch der Stoff, mit dem sich der 11. Kongress zu beschäftigen hat. Durch den Vortrag des Kollegen Stegerwald über „Die christlichen Gewerkschaften und die Gestaltung des deutschen Volkslebens“ wird in aller Öffentlichkeit die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften für die künftige Gestaltung unserer deutschen Verhältnisse herausgekehrt werden. In einem Volksstaate kann sich ein erträgliches Verhältnis zwischen den verschiedenen Ständen nur dann herausbilden, wenn die gegenseitige Anerkennung anstelle des Klassenkampfes tritt. Hier haben ganz besonders diejenigen Kreise umzulernen, die in der Vorkriegszeit glaubten, ein angeborenes Recht darauf zu besitzen, über die sogenannten unteren Volkskreise zu herrschen.

Die Ordnung des Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bildet den Gegenstand eines Vortrages, den Kollege Imbusch halten wird. Die christlichen Gewerkschaften sind in besonderem Maße berufen, gerade zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Zu einer Zeit, als von seiten der radikalsten Elemente innerhalb der deutschen Arbeiterschaft versucht worden ist, das früher erlittene Unrecht den Arbeitnehmern in ungehöriger Form zu vergelten, wurde von den christlich denkenden Arbeitern gegen solche Versuche ganz entschieden Front gemacht. Aus diesem Grunde haben wir auch jetzt ein moralisches Recht dazu, dem Uebertreiben des Unternehmertums ein entschiedenes Halt entgegenzurufen. Wenn jeherzeit die hochgehenden Wogen der Revolution in manchen Orten Veranlassung dazu gaben, die Macht des „Proletariats“ ganz falsch zur Anwendung zu bringen, so gibt dies jetzt in Zeiten der Wirtschaftskrise den Arbeitnehmern kein Recht,

ihre wirtschaftliche Uebermacht die Arbeitnehmer in der unerhörtesten Weise fühlen zu lassen. Das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wird weder durch sinnlosen Klassenkampf, noch durch vertrauensselige Unterordnung der Arbeiterschaft unter den Willen der Arbeitgeber, eine vernünftige Regelung erfahren. Die deutschen Arbeitgeber müssen sich nun einmal damit abfinden, daß die Verhältnisse der Vorkriegszeit nicht wiederkehren. Mag eine Wirtschaftskrise vorübergehend noch so sehr die Arbeiterschaft bedrücken, mag die Gefahr der Arbeitslosigkeit bei dem einen oder anderen dazu beitragen, mit der Vertretung seiner und seiner Kollegen Interessen etwas zurückhaltend zu sein, es wird aber niemals gelingen, jene sklavische Unterordnung wieder herzustellen, die in der Vorkriegszeit besonders in den Betrieben der Großindustrie geherrscht hat. Das Gedeihen der deutschen Wirtschaft hängt auch in stärkstem Maße von einem gesunden Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ab.

Angesichts der widersprechenden Auffassungen über die Lage der deutschen Wirtschaft ist es besonders angebracht, daß auch diese Frage auf dem 11. Gewerkschaftskongress behandelt wird. Auf der einen Seite hören wir seit Jahren ununterbrochene Klagen über den schlechten Stand der deutschen Wirtschaft und auf der anderen Seite kann man in manchen Kreisen, deren Bezüge aus der Wirtschaft kommen, geradezu sinnlosen Luxus beobachten. Der Versuch, die angeblich schlechte Lage der Wirtschaft zum Lohndruck zu benutzen und die Verschwendung auf der anderen Seite haben jene Stimmung in der Arbeiterschaft geschaffen, die nahe daran ist, den Glauben an alles zu verlieren, und sich dem Fatalismus zu ergeben. Es wird auch notwendig, daß neben der Lage der deutschen Wirtschaft auch deren Aufgaben gekennzeichnet werden. Die Wirtschaft eines Volksstaates muß dem Volke dienen. Diesen Grundsatz scheinen manche wirtschaftliche Unternehmungen ganz außer acht zu lassen, denn es tritt in der Nachkriegszeit in sehr vielen Fällen das Gewinnstreben in stärkerem Maße in Erscheinung, als dies jemals der Fall war. Christlicher Auffassung entspricht die Forderung, die wir durch unsere Bewegung immer wieder erhoben haben, daß der Mensch den Mittelpunkt der Wirtschaft zu bilden hat und dem Wohle des Volkes unsere Wirtschaft dienen muß.

Der Kampf um die deutsche Sozialpolitik hat in den letzten Jahren eine große Rolle gespielt, weil seit Stabilisierung der Mark das deutsche Unternehmertum in allen möglichen Wiederholungen immer wieder darauf hingewiesen hat, daß die Kosten der Sozialpolitik für die Wirtschaft nicht mehr tragbar seien. Es erscheint darum gerade jetzt dringend geboten, ein Bild der deutschen Sozialpolitik der Vergangenheit zu zeigen und die Forderungen für die Zukunft aufzustellen. Die deutsche Sozialpolitik dient in ganz hervorragendem Maße einer gesunden Entwicklung der Wirtschaft. Es wäre unverantwortliche Kurzsichtigkeit, wenn die dem deutschen Volke noch verbliebene Volkskraft durch Abbau der Sozialpolitik geschwächt würde. Der gesunde, arbeitsfreudige Mensch ist weit eher in der Lage, Höchstleistungen in bezug auf Güte der Arbeit, wie auch in bezug auf die Menge, zu vollbringen. Unsere Sozialpolitik diene bisher der Erhaltung oder Wiedererlangung der Arbeitsfähigkeit. Außerdem sollte eine gewisse Sicherung für die Zeit der Arbeitsunfähigkeit und des Alters geschaffen werden. Wenn man es für selbstverständlich hält, daß die im Dienste des Staates oder der Gemeinden stehenden Arbeitnehmer, ganz gleich, ob sie Beamte, Angestellte oder Arbeiter sind, Anspruch auf Altersversorgung haben, dann kann man gerechterweise den gleichen Anspruch der im privaten Wirtschaftsleben Beschäftigten nicht ablehnen.

In engster Verbindung mit der deutschen Sozialpolitik steht das Wohnungs- und Siedlungswesen. Wir haben gerade auf diesem Gebiete in Deutschland noch sehr vieles zu leisten. Wenn es richtig ist, daß die Wohnungsverhältnisse eines Standes den besten Maßstab für die in diesem Stande vorhandene Kultur bilden, dann sind in ganz besonderem Maße all die Bestrebungen zu fördern, die aus Arbeitnehmerkreisen kommend, sich die Verbesserung der früheren Wohnungsverhältnisse angelegen sein lassen. Es hat hier die Arbeiterschaft in erster Linie die Verpflichtung, alles aufzubieten, um durch das Mittel der Selbsthilfe eine Hebung des Standes zu erreichen. Daneben hat aber auch der Staat ein großes Interesse daran, daß durch eine gesunde Wohnungspolitik auch gesunde Verhältnisse geschaffen werden.

Die verschiedensten Aufgaben, die heute in größerem Aus-

maße als früher den Gewerkschaften zugefallen sind, lassen sich nur lösen, wenn eine durchgreifende Bildungsarbeit überall betrieben wird. In der richtigen Erkenntnis, daß die Bildungsarbeit für die Arbeiterschaft von allergrößter Bedeutung ist, beschäftigt sich der 11. Kongress auch mit den Grundlagen des gewerkschaftlichen Bildungswesens und den Wegen, die zu gehen sind, um dem Ziele näher zu kommen.

Die früheren Kongresse der christlichen Gewerkschaften haben auf die öffentliche Meinung immer in starkem Maße eingewirkt. Es steht zu erwarten, daß auch der Dortmunder Kongress große Bedeutung haben wird für die Gestaltung der Verhältnisse auf den verschiedensten Gebieten, auf denen die christliche Arbeiterschaft heute im wirtschaftlichen und politischen Lebens mitwirkt. Unsere Mitwirkung entspricht nicht allein Berufs- oder Standesegoistischen Beweggründen, sondern es soll unsere Arbeit auch dazu dienen, die Verhältnisse des gesamten deutschen Volkes zu bessern.

Förderung unserer Produktiv-Betriebe.

Der 11. Kongress der christlichen Gewerkschaften wird sich unbedingt auch mit der Frage der Förderung unserer Produktivbetriebe zu beschäftigen haben. Es wird ein Antrag an den Kongress gestellt werden, dahingehend, daß die Zentralverbände zum Zwecke der Förderung eigener wirtschaftlicher Unternehmungen einen Fond schaffen sollen bei der Deutschen Volksbank.

Die leichteste Art, um die erforderlichen Mittel zu beschaffen, wäre wohl, pro Mitglied und Monat oder pro verkaufter Beitragsmarke einen kleinen Betrag abzuführen, ähnlich der Beiträge zum Gesamtverband.

Die so eingehenden Mittel sollen Eigentum der Zentralverbände bleiben, sollen aber nur zur Förderung, d. h. Finanzierung der Produktiv-Betriebe Verwendung finden. Selbstverständlich müßten faule Unternehmungen unberücksichtigt bleiben. Wie die Mittel im einzelnen zu vergeben sind, muß dem Ausschuß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften überlassen bleiben.

Um mehr System in unsere Produktiv-Betriebe zu bekommen, müßte ein Unterausschuß gewählt werden, der die gesamten Betriebe führend beraten würde. So müßte auch jede Genossenschaft, jeder Betrieb sein Tätigkeitsfeld angewiesen bekommen. Es darf nicht vorkommen, daß ein systemloses Gegeneinanderarbeiten Platz greift. Am stärksten interessiert an den Bauproduktiv-Genossenschaften sind selbstverständlich Bauhandwerker, Maurer, Zimmerer, Schreiner, Anstreicher. Doch kann die gesamte Arbeiterschaft aus dem guten Gedeihen dieser Betriebe Nutzen ziehen.

Schreinereien, verbunden mit Baugenossenschaften, haben wir im Westen Deutschlands in Köln und Böhnum, einen Schreinerei-Betrieb für sich allein in Altensessen. Gegenwärtig, und dieser Zustand kann wohl öfter eintreten, liegen überall wenig Aufträge vor. Man hat Kurzarbeit eingeführt und Entlassungen vorgenommen.

Hier kann Wandel geschaffen werden, indem diese Betriebe nicht nur für ihre Baubetriebe arbeiten, sondern wenn alle Baugenossenschaften, Konsumvereine usw. gehalten werden, den bestehenden Fachbetrieben ihre Aufträge zu geben, unter Anerkennung der Konkurrenzpreise. Es fehlt an Ueberblick, an Organisation des Ganzen von einer Stelle aus.

Wir wollen Einfluß in die Wirtschaft gewinnen. Darum gründen wir überall, wo die Voraussetzung nur irgendwie gegeben, eigene gut geleitete Produktiv-Betriebe. Dabei dürfen wir von einem kleinen Mißerfolg, wie er hier und da neuerdings feststeht, uns nicht abhalten lassen. Nicht von heute auf morgen muß alles geschehen.

Auch die Beschaffung der Geldmittel, kann allmählich erfolgen, da ja bekannt ist, daß die zentralen Berufsverbände gegenwärtig andere große Schwierigkeiten zu überwinden haben. Wir müssen damit rechnen, daß sich auch unsere gesamte Wirtschaft in absehbarer Zeit wieder belebt. Die Verwirklichung unseres Programms muß bis dahin wenigstens in Angriff genommen sein, wenn dasselbe Wirklichkeit werden soll.

Unsere eigenen wirtschaftlichen Unternehmungen, wie sie auch heißen mögen, sind große Aktiopoßen für die zentralen Berufsverbände. Das darf nicht verkannt werden.

Ich will nur darauf hinweisen, daß z. Bt. wo Streiks und Aussperrungen stattfinden, in diesen Betrieben in der Regel weitergearbeitet wird und sogar erhöhte Beiträge zur Unterstützung den Streikenden im Privat-gewerbe zur Verfügung gestellt werden können.

Die Gesamtbewegung der Deutschen Gewerkschaftsbund, ist der Träger dieser Kollektiv-Unternehmungen. Solidarisch sollten sich alle Berufsgruppen hier die Hände

reichen, um in der angebotenen Weise etwas Großes zu vollbringen.

Wie in der Konsumereinsbewegung der organisierte Verbrauch ein Machtfaktor geworden ist, so muß es uns auch auf diesem Gebiete möglich sein, Wirtschaftsunternehmungen zu schaffen, woran nicht nur wir, sondern auch kommende Generationen ihre Freude finden.

Wirtschaftsvertreter schreien in die Welt hinaus, zur Wiederankurbelung der Wirtschaft komme nur sparen, sparen, sparen in Frage. Wir Arbeiter können da kaum in Betracht kommen, da die Vorbedingungen zum Sparen nicht gegeben sind. Unser Anteil am Ertrage der Arbeit reicht kaum zum Lebensunterhalt. Wenn bessere Voraussetzungen für das Sparen geschaffen sind, dann sind auch wir bereit, zu vertreten, daß die Arbeiterschaft so viel wie möglich spart.

Aber nicht Anlegung der Gelder in kapitalistischen Geldinstituten, sondern in unseren eigenen Kassen: Volksbank, Sparkassen der Konsumvereine und der Spar- und Bauvereine. Auf diese Weise helfen alle Arbeiter und Angestellten wieder mit, daß ihr Einfluß im Wirtschaftsleben bedeutend an Umfang gewinnt.

Die gegenwärtige Notzeit darf uns den Blick für die Zukunft nicht trüben. Kommt Zeit, kommt Rat. Auch wir können mit Wasser. Doch festgehalten muß werden, daß wir Arbeiter und Angestellten in sehr vielen Fällen die richtigen Steuermänner sind am Rade der Zeit.

Darum mit frischem Optimismus ans Werk! Schaffen wir uns Einfluß im Wirtschaftsleben durch Gründung und Ausbau, sowie gute Finanzierung eigener Produktivbetriebe. Das ist nicht nur für die darin beschäftigten Arbeiter und Angestellten von großem Vorteil, die Gründung wird sich vielmehr nicht zuletzt auch zu Gunsten der Gesamtarbeiterschaft auswirken.

Darum möge auch der Kongreß das Einleben haben, daß hier nicht nur Worte, sondern Taten helfen können.

S. König, Essen.

Seil oder Unheil in der Wirtschaft.

Am gleichen Tage las ich zwei Wirtschaftsartikel, die zu ganz verschiedenen Ergebnissen kamen. Das ist aber gar nicht so unverständlich. Der eine enthielt Ausführungen über die Kredite, die vom Ausland hereinkamen und kommen. Sie ermöglichten, so hieß es darin, eine Lebenshaltung, die weit über das Maß dessen hinaus geht, was sich Deutschland nach seiner eigenen Wirtschaft leisten dürfte. Die Kredite seien nicht zur Vermehrten und verbesserten Güterherstellung verwendet worden, sondern sie seien zur Einfuhr von Lebensmitteln verwendet und mit ihnen seien Steuern und Schulden bezahlt

worden. Also Kredit für den Verbrauch hätten wir in der Hauptsache genommen und nicht für stärkere Güterausfuhrmöglichkeiten.

Es kann nicht zweifelhaft sein, daß reiner Verbraucherkredit eine Volkswirtschaft zurückwirft. Davon handeln alle volkswirtschaftlichen Lehrbücher und der junge Student der Wirtschaftswissenschaften weiß dies bald. Wer reinen Verbraucherkredit nimmt, zehrt vom eigenen oder fremden Vermögen, also nicht vom Ertrag seiner Arbeit. Von vorübergehenden Ausnahmen abgesehen, soll der Kredit nie aus dem eigenen Vermögen zurückgezahlt werden, sondern aus dem Einkommen oder der Arbeit. Wer sein Vermögen angreift und dann nur davon zehrt, ist eines Tages damit zu Ende. Deshalb verlangen die Wirtschaftspolitiker, daß im großen ganzen nur Kredit für die Verbesserung und Vermehrung der Güterherstellung gegeben und genommen werden soll. Dazu gehört allerdings auch der Kredit, der für die Heranbildung der neuerschaffenden Menschen (nach Friedrich List für die produktiven Kräfte) aufgenommen wird. Das ist Kredit, der sich nicht sofort umsetzen kann. Deutschland, das gerade hierin viel tun muß, muß solchen Kredit heranziehen. Ob aber der einzige Weg dafür nur nach dem Auslande weist, ist eine andere Frage. Manche Wirtschaftspolitiker glauben, daß es zweckmäßiger sei, den Kriemen eine Zeitlang enger zu schnallen, als Kredite aufzunehmen, deren Rückzahlung sehr schwierig sein wird. Dagegen läßt sich kaum etwas Stichhaltiges sagen: Zu großer Kredit, irregulärer Kredit muß gebüßt werden. Solch falscher Kredit täuscht; er läßt die Wirtschaft mehr scheitern als sie ist. Danach darf auch der reichliche Steuereingang nicht als ein günstiges Zeichen der Wirtschaftsentwicklung gedeutet werden und das flotte Geldausgeben da und dort beweist nicht, daß wir wirtschaftlich vorwärtsgekommen sind. Es ist eine allbekannte Tatsache, daß man auch mit gepumptem Geld flott leben kann. Aber ebenso bekannt ist, daß auf so künstlich hergestellte fette Tage recht magere folgen. Davor aber müssen wir uns zu schützen suchen.

Wenn es wahr ist, daß nach Deutschland seit Einführung der Rentenmark etwa 6 Milliarden Kredit gekommen sind, und etwa 1 1/2 Milliarden deutsches Geld aus dem Ausland zurückgezogen wurden, so muß gesagt werden, daß das etwas viel ist. Um so verwunderlicher ist, daß Ende Januar lebhaft über Zahlungsschwierigkeiten geklagt worden ist. Die Schulden, so wird berichtet, würden nur ganz langsam bezahlt, das Geld gehe tropfenweise ein und Wechsel müßten immer wieder verlängert oder würden nicht eingelöst werden. Es zeigten sich eben überall noch die Nachwehen der Papiergeldüberflutung. Viele lebten noch in diesem Wirrwarr. Es sei höchste Zeit, zur Einfachheit und zur Gewissenhaftigkeit im Geschäftsleben zurückzukehren.

Solche Betrachtungen müssen wir überaus ernst nehmen. Selbst wenn sie etwas zu schwarz gemalt sein sollten, müssen wir sie beachten und uns freismachen von

der Meinung, einige günstige Zahlen (wie der Steuereingänge) bewiesen eine gute Entwicklung der Wirtschaft. Die Staatsgewalt kann wohl in dem einen oder andern Jahr einmal recht viel Steuern aus der Wirtschaft herausziehen, aber jedes Zuviel wird sich im folgenden Jahr oder in den folgenden Jahren rächen. Wie Kredit im allgemeinen nur aus dem jeweiligen Einkommen zurückgezahlt werden sollte, so sollten auch Steuern aus dem Einkommen (dem Ertrag aus der gesamten Wirtschaft) erhoben werden. Wenn die Wirtschaft nicht behindert werden soll, kann nur aus Ueberschüssen gezahlt werden. Kredite aber sind Vorschüsse auf Ueberschüsse und Steuern sollen genau genommen der Volkswirtschaft wieder zugutekommen (die Ausgaben für Rechtspflege, öffentliche Verwaltung, Erziehung, Schule, Wohlfahrt sollen immer die Wirtschaft sichern und ihr neue wertschaffende Kräfte zuführen). Ob Kredite und Steuern das leisten, was die Volkswirtschaft erfordert, daraufhin sind sie zu prüfen und zu bewerten. Die Frage des Kredites aus dem Ausland und die Mißstände im Bergwesen im Inland weisen auf gefährdrohende Wolken hin und das verschleiern zu wollen wäre Vogel-Strauß-Politik. (Der Vogel Strauß steckt den Kopf in den Sand, wenn er Gefahren für sich erblickt, als ob sie damit abwendbar wären.) Es ist zweckmäßiger, die wirtschaftlichen Vorgänge so zu deuten, wie sie sich uns zeigen, als sie günstiger hinzustellen als sie sind; aber ebenso falsch wäre es, nur den Schatten auszumalen und vom Licht zu schweigen. Daß in unserer Wirtschaft auch Nicht ist, das deuten gewisse Wirtschaftstatsachen an.

Nach ausländischen Schätzungen soll das deutsche Volkvermögen im Jahre 1912 etwa 77 783 und im Jahre 1922 ungefähr 35 700 Millionen Dollar betragen haben (Helfferich schätzte es 1915 auf 310 Milliarden Mark). Das wäre eine Abnahme um mehr als die Hälfte. Will man sich ein Bild von Deutschlands Volkvermögen machen, dann muß man sich aber auch vergegenwärtigen, was Deutschland an Menschenkraft während des Krieges verloren hat. Halten wir uns alles dies vor Augen, so müssen wir uns über manche wirtschaftliche Leistungen freuen. Wir haben ja nicht nur viel Geld und Gut und Kraft verloren, sondern wir sind auch an vielen Stellen des Auslandsmarktes gehemmt worden. Inzwischen konnten beispielsweise die Vereinigten Staaten viele Gewerbetreibende scharf durchbilden und aufs höchste wettbewerbsfähig machen. Die Geldverschlechterung Deutschlands hat die ausländischen Wettbewerber ebenfalls zu größten Leistungen angetrieben. Wir liefern billiger, das wettbewerbsfähige, gelbbeständige Ausland sucht dies durch technische und organisatorische Ueberlegenheiten auszugleichen und zu überbieten. In vielen Artikeln sollen uns die Vereinigten Staaten voraus sein. Diesen Vorsprung gilt es zu überholen. Das wird sehr schwer sein; da aber im deutschen Volk über Lebenswille, reger Geist und fortschrittlicher Wille stecken, wird es möglich sein, sich hinaufzuarbeiten. (Schluß folgt.)

Die Bruderschaften der Handwerksellen.

Das fortschreitende Mittelalter war der wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeit der Handwerksellen nicht günstig. Auf der einen Seite türmte die Meisterei auf, gestützt auf die Güte der Junge und die Vormachtstellung ihres Standes, immer größer werdende Schwierigkeiten vor die Aufnahme in die Zunft und die Zulassung zum Zunftmeister — auf der anderen drückte das einsetzende Umsichgreifen der unzulässigen Meister auf dem Lande und das Eindringen des kapitalistischen Verlegers (des späteren Untertanens), wie auch die ersten Anzeichen des beginnenden Abtriegs der Handwerkszellen der Wirtschaft — die Aussicht auf das selbständige Fortkommen stark herunter und vergrößerte proportional der Erschwerung die Zahl derjenigen, die ebedem noch selbständige Meister geworden waren, nun aber wollten sie nicht unzulässig und damit „unredlich“ werden, im Gesellenstand zu bleiben gezwungen waren. Diese Umstände führten ganz von selbst dazu, den Gesellenstand als solchen zu einem eigenen Stand zu entwickeln, und in den Vordergrund jener Zeit zu drängen. War es zunächst — ganz ähnlich wie ehemals bei den Meistern — das Bedürfnis nach gesellschaftlichem Zusammenhalt, der Gemeinschaftsabrang des aufstrebenden Standes, der die Gesellen gleicher Handwerke miteinander verband, so sehen wir im Laufe der Entwicklung — auch hier fehlen uns die Aufzeichnungen über die ersten Anfänge — neben das religiöse und karitative Moment rein wirtschaftliche Momente in den Vordergrund treten. Wir sehen aber auch, daß langsam, aber unabwehrbar fortschreitend die Gesellenzusammenschlüsse zum Gegenpol der Meisterei wurden. Das patriarchalische Meister-Gesellenverhältnis, der Grundstein der inneren Kraft des Handwerks, spaltete sich verhängnisvoll in zwei sich allmählich fortentwickelnde gegeneinander richtende Kräfte, deren gemeinsame Bestimmung das Handwerk zur Blüte gebracht hatte, nun aber zur Untertänigkeit wurde. Die Form der Gesellenzusammenschlüsse war die Bruderschaft. Auch das ist für jene Zeit der engen Bindung des einzelnen an die Kirche bezeichnend. Wenn wir in folgendem den Versuch unternahmen wollen, ein ungefähres Bild der gesellenbruderschaftlichen Ziele und Bestrebungen zu entwerfen, so werden wir sehen, daß gerade diesem Moment dominierende Bedeutung zukommt. Daneben liegt in enger Anlehnung an dieselbe immer wiederkehrend die Sorge um eine würdige Befreiung der Verstorbenen und um den Totenkult. Alle übrigen Bestrebungen lagen dann in der Verteilung: Pflege von Gerechtigkeit, Sitte und Trost, Erziehung des einzelnen zu einem ordentlichen Handwerksellen und achtungsvollen Vertreter seines Standes und schließlich in der Sorge um die Abwendung der aus Krankheit und Arbeitslosigkeit resultierenden Not der betroffenen Gesellenbrüder.

Wie betont, an der Spitze stand das religiöse Moment. Das ist durchaus nicht verwunderlich, wenn man dem Umstand Rechnung trägt, daß die Kirche eben jener Zeit den charakteristischen Stempel aufdrückte, daß sich während der

lichen Formen abspielten. Hierbei kam dem Zeremonium eine überaus große Bedeutung zu, dessen Wahrung direkt mit der Standesehre verbunden war. Das ganze Denken und Erachten jener Zeit war eben von religiösen Vorstellungen besungen. Bezeichnend dafür ist der folgenschwere Zwischenfall am Tage der Fronleichnamprozession in Colmar 1495 gewesen. Die Bäckerzellen hatten, weil sie die kostbarsten Kerzen besaßen, bis zu diesem Jahre das Vorrecht genossen, unmittelbar vor und hinter dem Sakrament zu gehen. Dieses Vorrecht sollten sie nun in jenem Jahre nicht mehr genießen, weil sich andere Handwerker eine noch kostbarere Kerze allgeschafft hatten. Die Bäcker überboten darauf hin ihre Rivalen mit vier Kerzen, die zusammen 1600 Mark kosteten und stifteten überdies noch 120 fl. für eine weitere Kerze an das Kapitel. Als ihnen auch dann nicht willfahren wurde, verließen sie die Stadt und kämpften zehn Jahre um ihren Platz. Im ganzen Rheinland wurde für die um ihr Ehre kämpfenden Bäckerzellen gesammelt, bis die Stadt Colmar i. J. 1505 die Kosten des Stralles auf sich nahm, weil sie „ohne Not und Grund“ die Bäcker nicht an ihrem Platz gelassen hätte. — Auch in anderer Form kam das religiöse Moment nach außen hin zum Ausdruck: In Denzlingen stiftete die Sack-, Rohle- und Kornträger zum Bau der Marienkirche um 1430 ein gemauertes Kirchenfenster und 200 fl. in bar, und die 16 Schusterknächte aus Kanten zur Errichtung eines Kirchengitters und Altars 75 fl. persönlich und 12 fl. aus ihrer Bruderschaftskasse. Im übrigen stand die Unterhaltung der Kirchenparamente, der Wachskerzen, Kirchenfäden und Gerätschaften im Vordergrund der täglichen Sorgen. Daran teilte sich — wie eingangs hervorgehoben — das Erachten nach der feierlichen Befreiung der Verstorbenen — das unerlässliche Zeichen der Wahrung der Standesehre — und die Sorge um das Seelenheil nach dem Tode. Bezeichnend für diese tiefe Abhängigkeit an das Mystorium ist die Eingangsformel zur Bruderschaft der Schmiedegellen in Kiga v. J. 1399, die da lautet: „Der Seelen derjenigen zu Trost und Hilfe, die aus unserer Mitte gestorben sind oder noch sterben sollen.“ Bei Strafe von 1 Pfund Wachs hatte jeder Geselle zur Ehrung des Verstorbenen zu erscheinen, Kerzenbuchen zu halten und Seelenmessen lesen zu lassen. Die Weihenbergerzellen in Colmar schloß sogar mit dem dortigen Pfarrkleriker i. J. 1470 ein Abkommen, wonach die Verstorbenen „Ain fürten zu ewiger Ritt“ dort beigesetzt werden sollten, und jenen „an jeden Sonntage auf der Kappel gedacht werden sollte, und ihnen an jedem Fronfesten auf ihrem frommen Altar vom ganzen Chor eine Seelenmesse gesungen werden möge“. Bei der Kärntner in Stendal hieß es ausdrücklich, daß: auch wenn einer der Gesellen außer Landes fahre, Meister und Gesellen sein Leichenbegängnis trotzdem mit allen Ehren begehren sollten, als ob er in Stendal gestorben wäre.

Eng verbunden mit diesen religiösen Momenten war das Ziel der Bruderschaften, den einzelnen in Not und Krankheit zur Hilfe zu gehen. Wir finden häufig, daß die Bruderschaften eigene Betten im hiesigen Spital besaßen, die die Später in Schilfstadt, und den kranken Bruder mit

Geld unterstützen. Diese Darbeträge waren manchmal recht ansehnlich. Gunderte der Kranke, so mußte er dieses Geld baldmöglichst zurückzahlen. Tat er das nicht, fiel er in Unehre. Sehr weit gingen auch die Stendaler Kürschnerzellen, die i. J. 1372 eine eigene Krankenkasse errichteten. — Ähnlich dem war die Sorge um die Abwendung von wirtschaftlicher Not bei arbeitslosen Gesellen. Das kam in erster Linie für die Wanderjahre in Betracht, vor allem im absteigenden Mittelalter. Da kam es häufig vor, daß der wandernde Geselle nicht gleich Arbeit fand und bei den damaligen Begehren über Handwerkslehre auch nicht jede beliebige Arbeit annehmen durfte. Dann sprang ihm wieder die Bruderschaft bei. Ein prächtiges Beispiel dafür lieferte die Bruderschaft der Freiburger Kürschnerzellen (1468). Bei ihnen durfte jeder zugewanderte Gesellenbruder acht Tage lang auf ihre Kosten in ihrer Trinkstube gastieren und hatte erst ab dem achten Tag 6 Pfg. pro Tag in die Büchse zu zahlen. Die Gesellen verhalfen ihm dann zur Arbeit. Rahm der Wandergefell sie nicht an, wurde er in Strafe genommen. Entsprechend war es bei den anderen Bruderschaften.

Eine weitere bedeutende Rolle kam der Erziehung der Gesellen untereinander und auf der Trinkstube zu. Hier begegnete der strenge Vorgesetzte. An der Spitze der Trinkstube standen gewöhnlich — so bei den Freiburger Kürschnern — die Stubenmeister, die wiederum einen der Gesellen als Wirt beauftragten. Jener hatte die Gesellen zu bedienen, für Essen, Trinken, Heizung und alles sonst Notwendige zu sorgen. Den Stubenmeistern war unbedingter Gehorsam zuollen — bei Verbot der Trinkstube. Gäste einzuführen war gestattet — falls nicht ein Geselle mit dem Gast in Feindschaft lebte. Auf Zertrümmern des Mobiliars und der Trinkgefäße stand ebenso wie auf dem Trunk aus anderen Gefäßen als Gläsern und Kannen Strafe. Spielen war bis zu 2 Pfg. gewöhnlich gestattet. Unschreiben von Spielschuld und Zehr verboten. Vor allem sollten sich die Gesellen eines gestitteten Lebens befleißigen. Schluchen und Gotteslästern war streng verboten. Ebenso Rauferei und Verschlingung. Man sieht: Eine feste Hand suchte dem Uebertum zu steuern, ohne ihn indes zu hindern zu können. Zu Weihnachten und Pfingsten wurde gewöhnlich offiziell eine große Conne Bier getrunken. Fernbleiben von dieser Sitte und vorzeitiger Ausbruch ehe die Conne leer war, stand unter Strafe. Auch hier sollte der Geselle seinen Mann stehen lernen. Wer aus „unerbittlicher Ursache“ nicht trinken wollte, hatte 20 Pfg. Strafe zu zahlen: „Umb Trölichkeit und Fruntschaft“.

Wir sehen, die Ziele der Bruderschaften waren vielseitig, und was den Meistern die Zunft — das war den Gesellen die Bruderschaft. Je schwieriger die Verhältnisse für die Folgezeit wurden, desto enger fand der Zusammenschluß in den Bruderschaften statt und wurde die Gesellenbruderschaft die gesellschaftliche Reaktion auf die Meisterei. Dann kam der große Umschlag und langsam sank die Stadtwirtschaft mit Zunft und Meisterei in sich zusammen.

Dr. Köpper.

Politische und wirtschaftliche Arbeiterbildung.

Deutschland steht in dem Ruf, die bestgeschulte Arbeiterschaft zu haben. Eine vorbildliche Volksschule und in den Städten noch gute Fortbildungs- und Gewerbeschulen geben dem Arbeiter eine gute Grundlage an Allgemein- und Fachbildung. Namentlich für die fachliche Weiterbildung ist sehr gut gesorgt. Abendkurse und eigene Tageschulen bieten dem Arbeiter Gelegenheit, sein fachliches Wissen zu erweitern. Anders steht es mit der Allgemeinbildung und vor allem der wirtschaftlichen und politischen Bildung. Hier liegt unsere Ausbildung noch im Argen. Gewerkschaften, Arbeiter-, Gesellen- und Volksvereine, sowie politische Parteien haben wohl in dieser Beziehung Manches geleistet, aber um Massen zu bilden, fehlt es an Geld und geeigneten Personen. Ferner kommt immer in erster Linie der eigentliche Zweck der Organisationen, die Hebung der wirtschaftlichen Lage, die weltanschauliche Vertiefung, das politische Ziel. Nach dem Kriege ging man auch von staatlicher und kommunaler Seite stärker daran, Massen zu bilden; es entstanden die Volkshochschulen und die Akademischen Kurse. Die erschafften Arbeitermassen blieben aber aus. Anstatt vom Beruf auszugehen und darauf aufzubauen, bot man Schemen, die dem Arbeiter zunächst fremd waren. Hinzu kommt seine Zurückhaltung gegenüber allem, was von Außen an ihn herankommt, und so muß man sagen, daß die Volkshochschulen vielfach versagt haben.

In Erkenntnis dessen, daß die Arbeiterschaft nach Erlangung größerer Freiheit und Mitbestimmung einer ganz anderen politischen und wirtschaftlichen Bildung bedarf, um wirklich positiv innerhalb der Wirtschaftsdemokratie und dem Ausbau unseres Staates zu schaffen, gründete der preußische Staat im Anschluß an die Universität Frankfurt die „Akademie der Arbeit“. Diese hat das Ziel, den politischen Menschen zu bilden, die Grundeinstellung ist soziologisch. Vom Einzelnen ausgehend, wirft sie die verschiedensten Fragen auf: Wie steht du zu Staat, Kirche, Recht, Wirtschaft? usw., um den Hörern Gelegenheit zu geben, ihre verschiedenen Meinungen zu äußern und dann Klärung zu schaffen. Vorlesungen über Volkswirtschaft, Volkswirtschaftspolitik, Wirtschaftsgeschichte, Sozialisierung und Wirtschaftsphilosophie geben ein Bild von unserer Wirtschaft und deren Zusammenhängen. Einzelvorlesungen über Betriebskunde, Kommunalpolitik, Versicherungswesen ergänzen das Bild. Neben den drei hauptamtlichen sind noch verschiedene Gastdozenten tätig. Die Finanzierung der Schüler geschieht meistens durch die Gewerkschaften und die Parteien, teils durch Stipendien der „Gesellschaft der Freunde der Akademie der Arbeit“. Der Lehrgang geht von September bis Juni.

Hat die Akademie der Arbeit mehr die Aufgabe, den politischen Menschen zu schulen, so beabsichtigen die Wirtschaftsschulen, den wirtschaftlich Interessierten zu erziehen. Wirtschaftsschulen bestehen in Düsseldorf und Berlin. Letztere, der Inflation zum Opfer gefallen, wird wohl dieses Jahr wieder ihre Pforten öffnen. In den Wirtschaftsschulen unterscheiden wir drei Hauptabteilungen, nämlich Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaft und Recht. In Betriebswirtschaft ist zunächst Buchhaltung und Bilanzkunde hervorzuheben. Nachdem die Gesetze der Buchführung sowie die einzelnen Bilanzposten klar sind, werden Bilanzen aus der Praxis untersucht und die Schüler angeleitet, aus diesen Schlüsse zu ziehen. Ausführliche Besprechungen des Handelstalles der Zeitungen beladen diese so trockene Stelle der Zeitung, die sonst gern überschlagen wird.

Der volkswirtschaftliche Unterricht geht von der Wirtschaftsgeschichte aus, um das Bild der Entwicklung zu zeigen; daran schließt sich eine Erläuterung der wirtschaftlichen Theorien. Die Volkswirtschaftspolitik greift wieder mitten hinein in das pulsierende Leben. Der Schüler soll aber nicht nur Hörer sein, sondern selbst praktisch arbeiten. Er sucht sich ein Spezialgebiet, meistens seinem Beruf nach, und bearbeitet dieses, indem er Zeitungsausschnitte sammelt sowie Statistiken und die einschlägige Literatur durchforscht. Auf diese Art sind schon beachtenswerte Arbeiten über die Kall- und Textilindustrie sowie den Hopfenanbau angefertigt worden und in den „Wirtschaftsblättern“, so nennt sich das Organ der Düsseldorfer Wirtschaftsschule, erschienen.

Im Rechtsunterricht gilt es zunächst die Begriffe „Sitte“, „Sittlichkeit“ und „Recht“ zu klären, wobei es zu harten Konflikten mit den bisherigen Anschauungen der Schüler kommt. Das Strafrecht, weil es am leichtesten zu begreifen und dabei am interessantesten ist, dient dazu, in das juristische Denken einzuführen. Später kommen noch die für den Schüler wichtigsten Teile des Bürgerlichen Gesetzbuches hinzu. Sehr ausführlich wird das „Kollektive Arbeitsrecht“ behandelt, da es am meisten in der Praxis des Arbeiters benötigt wird. Regelmäßige Aufgaben zwingen den Schüler, sich mit den gesetzlichen Vorschriften vertraut zu machen, und juristische Fragen sachlich zu beantworten.

Ergänzt werden die Hauptgebiete durch Sozialpolitik und Arbeiterpädagogik. Letztere macht vor allem mit den Bildungsarbeiten der verschiedenen Organisationen bekannt. Ist der übrige Stoff zum Teil neu, so bringt der Deutsch-Unterricht eine Auffrischung der bisherigen Kenntnisse und führt zugleich in die Denklehre ein. Außerdem ist

Gelegenheit gegeben, die englische Sprache zu erlernen, was natürlich auch wieder der deutschen Sprache zugute kommt. Die Erlernung der anderen Sprache soll es dem Schüler ermöglichen, auch Bücher in fremder Sprache zu benutzen.

Zur Unterstützung des Vorgetragenen dienen zahlreiche Besichtigungen, wozu Düsseldorf, im Industriegebiet gelegen, reichlich Gelegenheit gibt. Die mannigfaltigen Werke werden besichtigt, dabei die verschiedenen Unternehmungsarten, privat, kommunaler und genossenschaftlicher Betrieb berücksichtigt. Das Hauptinteresse erweckt natürlich die Fahrt nach Hamburg, dem Ausfallort des deutschen Handels.

Ein gut Teil Erziehungsarbeit wird ferner dadurch geleistet, daß der größte Teil der Schüler in der Schule wohnt. Es ist dabei zu bedenken, daß sich diese aus Angehörigen aller Parteien zusammensetzen. In der ersten Zeit gibt es selbstverständlich schwere Kämpfe. Nachdem aber das gegenseitige Mißtrauen überwunden ist, setzt sich doch langsam eine objektive Beurteilung des andern Teils durch, wie überhaupt der Schulbesuch eine nüchterne Betrachtung der Dinge mit sich bringt. Kehren diese Leute in den Betrieb zurück, so werden sie sich wohl kaum zu politischen Experimenten gebrauchen lassen, obgleich sie politisch stark interessiert sind. Sind noch einige Jahre vergangen und die zurückgekehrten Schüler an den verschiedensten Orten tätig, so darf man hoffen, daß sich eine klarere, sachlichere und verantwortungsvollere Einstellung in der gesamten Arbeiterschaft durchsetzt. Nicht zu ihrem Schaden!

Auf die Auswahl der Schüler wird ganz besonderer Wert gelegt. Diese müssen sich schon ein Jahr vor Besuch der Schule an dem Fernunterricht beteiligen. Derselbe wird jetzt von Schülern aus allen Teilen Deutschlands benutzt. Außerdem soll die Düsseldorfer Wirtschaftsschule durch Ausbau eines zweiten Jahres erweitert werden. Der Lehrgang geht vom 15. Mai bis 15. März. Als Lehrer sind drei hauptamtliche, zwei nebenamtliche und verschiedene Gastdozenten tätig. Die Finanzierung der Schüler geschieht meistens durch Stipendien der Kommunen, Gewerkschaften und Parteien.



Unsere Fachzeitung
Handwerkskunst im Holzgewerbe
 will Dir bei der beruflichen Weiterbildung Führer und Berater sein. Hast Du die Handwerkskunst schon bestellt?



Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.
 Die Interessen der Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß für die Zeit vom 11. bis 17. April 1926 der 16. Wochenbeitrag im Jahre 1926 fällig ist.

Abrechnung für das 1. Vierteljahr 1926. Um möglichst schnelle Fertigstellung der Abrechnung müssen die Ortsverbände besorgt sein. Es werden besonders die Vertrauensleute gebeten, den Kassieren der Zentralstelle durch plünkelige Erledigung ihrer Abrechnung zu unterstützen.

Berichte aus den Zwickställen.

Schmalenberg. Vor einiger Zeit wandte sich die Firma Josef Bette, Holzwarenfabrik, an den Betriebsrat und stellte ihm anheim, entweder unter Tarif oder täglich eine Stunde gratis für die Firma zu arbeiten. Dieses Ansuchen wurde von unseren Kollegen abgelehnt. Ausdank teilte die Firma dem Herrn Regierungspräsidenten mit, daß sie ihren Betrieb schließen müsse. Bei der stattgefundenen Stilllegungsoverhandlung erklärte die Firma, daß sie keine Aufträge habe, sie hat also bemerkt dem Herrn Gewerberat die Unwahrheit gesagt. Als die Sperrfrist abgelaufen war, erklärte Herr Bette, daß diejenigen Arbeiter, die 8 Pfg. unter dem Tariflohn arbeiten wollten, bleiben könnten, er habe Aufträge genug. Die Firma bemüht sich nun, Arbeiter zu bekommen, und annonciert auch in den Zeitungen. Wir warnen vor Zutritt nach Schmalenberg.

Rundschau.

Der Abbau am verkehrten Ende. Die „Rhein-Mainische Volksztg.“ berichtet: In der letzten Zeit wurde wiederholt in den Tageszeitungen ein Uebel aufgedeckt, was zur heutigen Wirtschaftskrise fraglos in ganz erheblichem Maße beigetragen hat: die ungeheure Uebersetzung des Leitungsapparates bei den großen Industrie- und Handelsgesellschaften, den Direktoren und Aufsichtsräten. Ein besonderes Beispiel bietet auf diesem Gebiete neben der neugegründeten „Ver-einigten Stahlwerke A.-G.“ der Anfang dieses Jahres erfolgte Zusammenschluß der Anilinwerke zu der „A.-G.-Farben-industrie A.-G.“, Sitz Frankfurt a. M. Dieser Konzern bildet mit rund 4 Milliarden Aktien- und Reservekapital heute wohl das größte Industrieunternehmen Deutschlands, wenn

nicht ganz Europas. Die Zahl der leitenden Persönlichkeiten setzt sich wie folgt zusammen: 40 ordentliche Vorstandsmitglieder und 42 stellvertretende Vorstandsmitglieder, 371 Präkursoristen, davon etwa die Hälfte Titular- oder Fabrik-Direktoren; das sind also 453 direkte Vorgesetzte. Hinzu kommen ferner etwa 500 Handelsbevollmächtigte. Solange die private Wirtschaft solche kostspieligen und schwerfälligen Verwaltungsapparate mitschleppt, für die sich die Beispiele beliebig vermehren lassen, wird der rigorose Abbau an niederen Arbeitskräften und an den Löhnen mit Recht Unwillen und Mißtrauen hervorrufen. Solange hat sie auch nicht das Recht, den öffentlichen Verwaltungen gegenüber den Vorwurf der Ueberbesetzung zu erheben. „Abbau an Haupt und Gliedern!“ lautet die Parole, insbesondere Abbau der Wasserköpfe im privaten und öffentlichen Verwaltungen!

Der Preisabhangesehtwurf im Reichswirtschafts-tat. Die grundsätzliche Zustimmung zu irgendeiner Reform ist dann wertlos, wenn man sie bei der praktischen Durchführung bei sich selber nicht wahrhaben will. So ist bekannt, daß eine Reihe von Industrie- und Gewerbegruppen auf ihren Tagungen die Notwendigkeit der Verbilligung ihrer Produkte im Prinzip anerkannte. In dem Augenblick aber, wo die Regierung entsprechende Maßnahmen zur Herabsetzung der Preise treffen wollte, da lief man Sturm gegen die staatlichen „Eingriffe“ in die „freie“ Wirtschaft. Wenn sie Hilfe brauchen, denken sie über die „Eingriffe“ allerdings anders. Dann rufen sie nach verbilligten Krediten, Steuerherabsetzungen und „verlorenen“ Zuschüssen. Das ist, von volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten aus betrachtet, eine Inkonsequenz, die nur in privategoistischen Erwägungen ihre Erklärung findet.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Submissions-kartelle und Preisringe durch die Unterbindung der freien Angebote die Allgemeinheit auf das schwerste schädigen. Die hier zutage getretenen Auswüchse wolle der Artikel II des Gesetzentwurfes zur Förderung des Preisabbaues beseitigen. Bezeichnenderweise haben die Unternehmervertreter des Reichswirtschaftsrates sich dagegen ausgesprochen. Auf Antrag Dr. Feiler wurde mit 15 gegen 13 Stimmen ein Gutachten dahin abgegeben, daß der Artikel II nicht der richtige Weg zur Bekämpfung der Mißstände bei Ringbildungen sei. Dieselben sollten durch einen späteren Ausbau der gesamten Kartellverordnung mit erfaßt werden. Die Arbeitnehmervertreter und Vertreter aus öffentlichen Körperschaften und der freien Berufe wandten sich vergebens gegen diesen Verschleppungsvorschlag.

Besser ging es dem Artikel III des Gesetzentwurfes, zu dem, wie bei Artikel II, die Vertretung des Deutschen Gewerkschaftsbundes die Berichterstattung übernommen hatte. Es gelang eine Verständigung dahingehend, daß die elf Kohlenyndikate der Kartellverordnung, von der sie bisher ausgenommen waren, unterstellt werden. In der vereinbarten Neuformulierung des § 19 der Kartell-verordnung heißt es jetzt ausdrücklich: „daß Geschäftsbedingungen oder Arten der Preisfestsetzungen, die von den Zwangsyndikaten getroffen worden sind oder deren Beschlüsse, die den Absatz oder die Form des Absatzes von bestimmten Voraussetzungen abhängig machen, durch den Reichswirtschaftsminister auch nach ihrer Genehmigung durch die zuständige Stelle jederzeit beanstandet werden können, wenn die Geschäftsbedingungen oder Arten der Preisfestsetzung oder die Beschlüsse die Gesamtwirtschaft oder das Gemeinwohl zu gefährden geeignet sind. Die Zwangsyndikate dürfen gegenüber ihren Abnehmern Sperrern oder Nachteilen von ähnlicher Bedeutung nicht mehr ohne Einwilligung des Reichswirtschaftsministers verhängen.“ Außerdem wurde mit 19 gegen 7 Stimmen ein Änderungsantrag des § 63 des Kohlenwirtschaftsgesetzes angenommen, der verlangt, daß die eingetragenen Genossenschaften und deren Zentralen auf Verlangen von den auf Grund des Kohlenwirtschaftsgesetzes bestehenden Kohlenyndikaten zu den vom Reichskohlenverband festgesetzten Brennstoffverkaufspreisen ohne Verpflichtung zur Einhaltung von Mindestverkaufspreisen direkt mit Kohlen beliefert werden müssen. Mit 14 gegen 11 Stimmen soll das Kalisyndikat von der Kartellverordnung, wie bisher, ausgeschlossen bleiben. Wenn auch gegen das Kalisyndikat bisher keine größeren Beschwerden vorliegen, so sind doch im Grundsatz die beiden Syndikatarten absolut gleich und darum eine Ausnahmebehandlung nicht gerechtfertigt.

Auch der § 4 des Preisabhangesehtwurfes, der den Reichs- und Landesbehörden das Recht geben sollte, den Innungen zu untersagen, Preise, Arten der Preisfestsetzung und der Preisermittlung sowie Geschäftsbedingungen festzusetzen, zu empfehlen oder bekanntzugeben, ist leider von den Handwerkskreisen zu Fall gebracht worden.

24 Tagesverdienste. Kürzlich machte eine Presse-notiz die Runde, wonach die gesamte Konsumgenossen-schaftsbewegung für das abgelaufene Geschäftsjahr mindestens schon wieder einen Betrag von 50 Millionen Mark an Rückvergütungen ausgezahlt habe. Unter zahlreichen, nunmehr vorliegenden Jahresabschlüssen ist eine statistische Mitteilung in der illustrierten Familien-zeitschrift „Die Genossenschaftsfamilie“ von besonderem Interesse. Die Konsumgenossenschaft „Eintracht“ in Würfelshausen zahlte z. B. für das abgelaufene Geschäftsjahr über 253 600.— Mk. an Rückvergütungen aus. 8420 Mitglieder erhielten Beträge von 5.— bis 50.— Mk. 780 Mitglieder erhielten Beträge von 50.— bis 100.— Mk. Ein Mitglied hat die erhaltene Rückvergütung einmal auf sein Tagesverdienst ausgerechnet. Die daraufhin in gleicher Weise angestellten Berechnungen für die

ausgezählten Rückvergütungen ergaben recht interessante Feststellungen. Es seien nur einige Vergleichszahlen für die Beträge über 100 Mk. genannt:

38 Mitgl. erhielten Beträge von 100.— bis 120.— Mk.
17 " " " " 120.— " 140.— "
3 " " " " 140.— " 170.— "

Auf die Tagesverdienste im Bezirk angerechnet, erhielten also diese Mitglieder bei Rückvergütungen über 100.— Mk. 14 bis 24 Tagesverdienste an Rückvergütungswert ausgezahlt auf die während eines Jahres entnommenen Waren. Das ist ein geradezu glänzender Beweis für die soziale Bedeutung eines gut geleiteten genossenschaftlichen Wareneinkaufs gegenüber allen kleinlichen Einwendungen.

Eine Reihe von mittleren und größeren Genossenschaftsbetrieben wäre mit ähnlichen Zahlen zu nennen. So z. B. verteilte die Konsumgenossenschaft „Wohlfahrt“ in Essen-Alteneßen für das Jahr 1925 allein rund 300 000.— Mk. an Rückvergütungen. Eine der kleinsten, aber auch recht gut geführten Genossenschaften in der Eifel war in der Lage, den Mitgliedern trotz Einhaltung der ortsüblichen Preise 8 Prozent an Rückvergütung auszahlen zu können.

Daß es nun nicht allen Konsumgenossenschaften möglich ist, solche günstige Zahlen aufzuweisen, spricht ebenso wenig gegen die Idee der Konsumgenossenschaftlichen Warenverteilung als etwa immer gegen die Leitung der einzelnen Genossenschaft. Nicht in allen Genossenschaften war es so schnell möglich, die Folgen der Inflation zu überwinden; nicht in allen Genossenschaften zeigen die Mitglieder das notwendige Verständnis, durch Einzahlung der Geschäftsanteile der Genossenschaft auch das notwendige Eigenkapital zur Verfügung zu stellen. Wenn einer Konsumgenossenschaft z. B. selbst durch kleinste, aber regelmäßige Teilzahlung auf den Geschäftsanteil das erforderliche Kapital zur Verfügung gestellt wird, ist die Genossenschaft sehr schnell unabhängig von Bankkrediten und Bankzinsen. Diese Ersparnisse an Zinsen für Kredite würden sofort eine Preiserhöhung in Höhe des Zinsfußes von mehr als 10 Prozent bedeuten. Was sagen die leichtfertigen Kritiker zu dieser selbstverständlichen Schlussfolgerung? Eigenartigerweise zeigt sich in zahlreichen Genossenschaften nach Auszahlung der Rückvergütung eine ganz erhebliche Umsatzsteigerung. Nehmen wir das Beispiel Würzelen, so ergibt sich die interessante Frage: Hätten nicht ebensoviel mindestens tausend Mitglieder den Höchstbetrag der Rückvergütung erreichen können? Das wäre dort wie an hundert anderen Plätzen genau so möglich gewesen, wenn die Hausfrauen alle Waren und regelmäßig in der Genossenschaft einkaufen. Oder lohnt es sich nicht, durch regelmäßigen Einkauf der Waren in der Genossenschaft am Jahresschluß evtl. den Arbeitsverdienst von 14 Tagen bis zu 4 Wochen als Rückvergütung zu erreichen? Freilich, wer ernten will, muß gesät haben; d. h. in diesem Falle: Nur Pflichterfüllung sichert auch in der Genossenschaft den Erfolg.

■ Eine wichtige Fristverlängerung für Kriegsbefähigte. Kriegsbefähigte, die 1923 und später aus der Rentenversorgung ausgeschlossen und inzwischen nicht wieder rentenberechtigt geworden sind, erhalten auf Antrag beim zuständigen Versorgungsamt gemäß Artikel 2 des Gesetzes vom 28. Juli 1925 einmalig einen Betrag von 50 RM., wenn ihr durchschnittliches Monatseinkommen 200 RM. nicht übersteigt.

Wie aus dem Zentralverband deutscher Kriegsbefähigter und Kriegshinterbliebener E. V., Sitz Berlin NO. 18, mitgeteilt wird, ist die Frist zur Einreichung dieses Antrages bis zum 31. Mai 1926 verlängert worden. Später eingehenden Anträgen wird auch im Wege des Härtausgleichs nicht mehr entsprochen.

■ Hauptversammlung der Concordia. Die diesjährige Versammlung des Deutschen Rad- und Motorfahrer-Verbandes „Concordia“ z. B. am 18. April in Bamberg ist vor die Lösung wichtiger Aufgaben in organisatorischer und sportlicher Hinsicht gestellt. Die Erfahrungen der letzten Jahre werden dabei Maßstab und Richtschnur für die zu fassenden Beschlüsse sein. Neue Mittel und Wege müssen gefunden werden, um der christlich-vaterländischen Sportbewegung in der Zukunft zu weiterem Aufstieg zu verhelfen. Aus den zahlreichen Anträgen der Mitglieder geht hervor, daß in den Kreisen derselben die richtige Auffassung vom Verbandswesen und den Zukunftsaufgaben der „Concordia“ herrscht.

Alle Kreise, die dem christlich-vaterländischen Radfahrerverband „Concordia“ noch fernstehen, seien hiermit auf diese überaus zeitgemäße und nützliche Radfahrer-Organisation aufmerksam gemacht. Die „Concordia“ bietet ihren Mitgliedern durch ihre Unfall- und Haftpflichtversicherung, dann durch Gewährung von Rechtsauskunft, Rechtshilfe, kostenlose Sterbekasse usw., große wirtschaftliche Vorteile. Die Beiträge sind dabei sehr niedrig gehalten.

Kollegen! Trete überall und soweit als möglich der christlich-nationalen Reichsvereinigung „Concordia“ bei. Wegen näherer Auskunft, Anmeldung, Vereinsanschluß usw. wende man sich an die Hauptgeschäftsstelle der „Concordia“ in Bamberg, Hauptstraße 14.

Technisches.

■ Festigkeitswerte und Festigkeitszahlen des Holzes. Holz ist unter allen Materialien der Stoff, der einer kunstfertigen Hand den größten Spielraum zur Betätigung gibt. Für die Verwendung und Verarbeitung des Holzes in der Schreiner- und in der Möbelherstellung, im Bauwesen und in der Industrie kommt neben den natürlichen Eigenschaften des Holzes (innerer Aufbau) der Festigkeitswert ganz besonders in Frage. Während bei gleichartigen (homogenen) Körpern die Festigkeit nach allen Seiten hin die gleiche ist, weisen die Festigkeitszahlen der Holzarten infolge ihres verwickelten Zellenaufbaus je nach der Richtung der Beanspruchung große Verschiedenheiten auf. Darüber hinaus ist aber die Festigkeit eines Holzes noch abhängig vom Klima, vom Standort, der Fällungszeit, dem Alter, der Art des Wuchses, der Festigkeit, dem Feuchtigkeitsgehalt und einer Reihe anderer Faktoren, die die eigentliche Festigkeit, die Biegsamkeit, die Spaltbarkeit, die Härte, die Beständigkeit und die Brennkraft des Holzes beeinflussen. Versuche haben gezeigt, daß die Festigkeitszahlen ein und derselben Holzart verschieden (variant) sind. Ein Unterschied bis zu 50 Prozent Verschiedenheit ließ sich bei den Versuchen nachweisen. So nimmt bei zunehmender Feuchtigkeit die Festigkeit des Holzes ab, und zwar ist dies bei vollständig durchtrocknetem Holz nur noch gleich der Hälfte des trockenen Holzes. Mit der Dauer der Lagerung nimmt die Festigkeit zu. Das Holz alter Bäume weist meist geringe Festigkeit auf. Die Höhe des Trockengewichts kann bei einigen Holzarten als Maßstab für die Festigkeit betrachtet werden. In der Tabelle von Oberingenieur Gutacker-Darmstadt sind die Mittelwerte der Festigkeit folgender Holzarten ersichtlich:

Holzart	Zug:	Druck:	Biegung:	in kg/qcm
Kiefer	720—790	230—302	500	in kg/qcm
Fichte	600—750	280—440	560	" "
Eiche	550—800	280—350	600	" "
Lärche	710—960	330—500	600	" "
Buche	700—1000	350—430	620	" "
Buche	700—1100	380—420	650	" "

Diese Festigkeitswerte können in besonderen Fällen bis zu 50 Prozent und mehr überschritten werden; andererseits kann fehlerhaftes Holz eine um ebensoviel geringere Festigkeit besitzen. Einige überlebensfähige Holzarten haben bei experimentellen Versuchen sogar eine Festigkeit ergeben, die nahe an die Festigkeit des Stahls heranreicht. Bambusfasern haben z. B. eine Zugfestigkeit von 1800 kg pro qcm gezeigt. Die Festigkeitszahlen stehen nach der angeführten Tabelle ungefähr in folgendem Verhältnis zueinander:

Zugfestigkeit in der Faserrichtung	1
Druckfestigkeit in der Faserrichtung	0,6
Zugfestigkeit senkrecht zur Faserrichtung	0,125
Druckfestigkeit senkrecht zur Faserrichtung	0,30
Biegezugfestigkeit	0,75
Schubfestigkeit in der Faserrichtung	0,06
Schubfestigkeit senkrecht zur Faserrichtung	0,16

Der Elastizitätsmodul (Modul = regelmäßiges Abmessen) des Holzes beträgt für Druckbeanspruchung 100 000—120 000 kg/qcm und für Zugbeanspruchung 105 000—130 000 kg/qcm. Im Holz eingeschlossene Risse rufen stark schwankungen in der Größe der Festigkeit und des Elastizitätsmaßes hervor. Mit zunehmendem Alter tritt in der Regel eine Vergrößerung des Elastizitätsmaßes ein. Erhöhte Biegsamkeit läßt sich beim Holz durch Dampf oder durch Kochen in Wasser erreichen. Durch Kochen in Chloroform wird das Holz besonders geschmeidig. Zum Nagen eignet sich am besten junges, frischgefallenes Holz, da älteres, trockenes Holz infolge seiner größeren Sprödigkeit leicht bricht. Ein wichtiger Faktor für die Holzverarbeitung und Holzbearbeitung sind die Festigkeitswerte: Spaltbarkeit und Härte. Die Spaltung des Holzes kann nur in der Faserrichtung erfolgen. Am leichtesten ist das Holz in der Ebene der Spalt, also in radialer Richtung, spaltbar. Der Spaltwiderstand in der Schwennebene ist um 1/4 größer. Ebenso ist Kernholz schwerer spaltbar wie Splatholz. Durch Feuchtigkeit wird die Spaltbarkeit erhöht, während Frost sie vermindert. Bei einigen besonders harten und schweren Holzarten, z. B. Buche, sind regelmäßige Spaltflächen nicht zu erzielen, da dieselben leicht ausbrechen. Sehr schwer spaltbar sind: Buchsbaum, Platane, Ebenholz, Birke; schwer spaltbar sind: Ahorn, Birnbäumchen, Apfelbaum, Pflaumenbaum, Esche und Ulme; ziemlich leicht spaltbar sind: Buche, Kieferbaum, Kastanie, Eiche, Lärche, Kiefer; leicht spaltbar sind: Erle, Pappel, Tanne und Fichte. Für die Herstellung von Spaltholz zu Tischler- und Drechslerarbeiten und dergleichen ist leichte Spaltbarkeit und die Bildung ebener Spaltflächen immer erforderlich. Unter Härte des Holzes versteht man den Widerstand des Holzes, den dasselbe bei Bearbeitung durch Säge, Bohrer, Hobel und Raspel entgegensetzt. Feuchtigkeit hat auf die Härte eines Holzes Einfluß, und zwar wird der Widerstand gegen Bearbeitung mit der Säge durch erhöhte Feuchtigkeit bei Hartholzarten vermindert, dagegen bei einigen Weichholzarten erhöht. Frost erleichtert die Bearbeitung mit der Säge. Für den Widerstand gegen einen rechtwinklig zur Faserrichtung geführten Sägeschnitt bestehen bei den verschiedenen Holzarten folgende Verhältniszahlen:

Silberpappel, Weide, Linde, Weißbuche	1
Birke, Espe	0,72
Eiche	0,55
Koibuche	0,53
Fichte	0,32
Tanne	0,30
Kiefer	0,28

Die moderne Technik bedient sich zur einwandfreien Bestimmung der Holzart des Sandstrahlgebläses und der Kugeldruckprobe. Für die Beständigkeit des Holzes respektive die Beständigkeit der Festigkeitswerte des Holzes ist die längere Aufbewahrung im Trockenen von hohem Wert. Holz, das im Freien dem Wechsel der Wärme und Trockenheit ausgesetzt ist, unterliegt dem Angriff spezialer Fäulnispilze. Bei richtiger Auswahl der Holzart und sorgfältiger Unterhaltung rechnet man die Beständigkeitsdauer für

Eiche	100 Jahre
Kiefer und Lärche	40—85 Jahre
Fichte	40—67 "
Buche und Pappel	20—30 "

Ständig unter Wasser wird Holz feinhart. Als letzter Festigkeitsfaktor des Holzes ist noch die Brennkraft anzuführen. Der Heizwert 1 kg trockenen Holzes, dessen Heizkraft in der Zusammensetzung des Holzes aus Kohlenstoff, Wasserstoff und Sauerstoff besteht, beträgt:

Eiche: 4620	Wärmeeinheiten bei 0,9—0,8 Raumgewicht,
Buche: 4780	" " " " 0,8—0,7 "
Tanne: 5035	" " " " 0,5—0,4 "
Fichte: 5085	" " " " 0,5—0,4 "

Einen beträchtlichen Einfluß auf die Brennkraft des Holzes hat der Feuchtigkeitsgehalt. Nimmt man die Brennkraft des gedörrten Holzes mit 1 an, so beträgt die Brennkraft des betreffenden Holzes bei 15 Prozent Feuchtigkeit nur 0,82 und bei 45 Prozent weniger als 0,50. Bei allen Angaben der Festigkeitswerte des Holzes ist Voraussetzung, daß es sich um gesundes Holz handelt. Fehler des Holzes, wie Drehwurm, Maßerwuchs, Harzgallen, Ringkiste, Fäulnis, Insekten-schäden, Schwamm usw., sind immer besonders zu berücksichtigen und der Festigkeitswert bei solchen Erscheinungen von Fall zu Fall beurteilungsfähig.

Arbeitsplatte aus Holz für Holzbearbeitungsmaschinen.

Die Nachteile der üblichen eisernen Arbeitsplatte haben den Gedanken nahegelegt, diese zu ändern. Im Winter war die Metallplatte besonders unangenehm, weil der Arbeiter bei Arbeiten im Freien die Hände nicht zu erwärmen vermochte. Bei längerer Bedienung der Bandsäge waren vielfach Fingerdrehkrämpfungen zu beobachten. Zur Vermeidung der mit der Metallplatte verbundenen Nachteile hat man die neue Arbeitsplatte aus Holz konstruiert; sie besteht aus einer Anzahl in der Förderrichtung des zu bearbeitenden Werkstückes verlaufender starker Holzkanthölzer. Bei der Anordnung lösen sich Weichholz und Hartholz regelmäßig ab. Die Ranteln sind unter Freilassung enger Fugen nebeneinander in einer Ebene angeordnet; sie werden in der Querrichtung von runden, ovalen oder auch eckigen Dübeln durchdrungen, wodurch die Platte ausreichenden Halt findet. Die neue Platte besitzt der Eisenplatte gegenüber zunächst den Vorzug der Billigkeit. Auf der etwas eingesetzten Oberfläche läßt sich das aufgelegte Werkstück sehr leicht verschieben, so daß bei einer mit einer hölzernen Arbeitsplatte ausgestatteten Dickenhobelmaschine die Anordnung einer einzigen Transportwalze oberhalb der Arbeitsplatte vor der Messerwalze genügt, während die Arbeitsplatte selbst keine Transportwalze erhält.

Das Weichmachen von Holz.

Verfahren zum Verdichten von Holz und zum Härten der Oberfläche sind in der mannigfaltigsten Weise erprobt und auch praktisch zur Anwendung gebracht worden. Weniger häufig, aber für einzelne Zwecke nicht minder wichtig, ist das Weichmachen des Holzes. Die Badische Anilin- und Sodafabrik hat sich ein derartiges Verfahren patentantlich schützen lassen. Das Holz wird mit einer wässrigen Lösung bzw. Emulsion von Fett- oder Harzseifen zweckmäßig in Gegenwart von Wachsen oder Wachsseifen unter Druck imprägniert. — Man löst 10 Teile Kernseife in 100 Teilen Wasser und behandelt damit Erlenholz in einem besonderen Druckapparat, beispielsweise in den für das Färben von Holz üblichen Apparaten bei gewöhnlicher oder höherer Temperatur. Statt einer Kernseifenlösung kann man z. B. auch eine Lösung oder Emulsion von Fett oder Fettsäuren und Wachsen (z. B. Japanwachs), gegebenenfalls auch Harz, in Alkalien oder Alkalikarbonat verwenden, ebenso können andere Holzarten in dieser Weise behandelt werden. Mit vorliegender Behandlung kann gleichzeitig ein Färben des Holzes verknüpft werden, indem man den gewünschten Farbstoff der wässrigen Lösung zusetzt. Durch diese Behandlung gelingt es, beispielsweise das Erlenholz in seinen Eigenschaften so zu verbessern, daß die daraus erzeugten Bleistifte ebenso leicht und ohne die Bleistiftminen abzubrechen, gespißt werden können, wie bei der Verwendung von Zedernholz. Auch für gedogene Arbeiten, Bildhauerzwecke und Holzschneiderei im allgemeinen kommt dieses Weichmachen für einzelne Zwecke in Betracht. Auch Dr. R. H. Gärtner hat sich ein Verfahren zum Ent härten von Holz patentrechtlich schützen lassen. Das Holz wird in der Wärme mit wässrigen Lösungen von Glykol zweckmäßig unter Druck und in Gegenwart von Alkali oder Säure behandelt und das Wasser nach erfolgter Einwirkung abdestilliert, wobei das Glykol in fein verteiltem Zustande im Holz zurückbleibt und dadurch seine Enthärtung herbeiführt.

■ Gestrichene Korbmöbel reinigen. Man wäscht Korbmöbel mit Salzwasser, dem etwas Benzol zugesetzt wird, und spült mit Essigwasser gründlich nach. Peddigrohrmöbel reinigt man mit einer weichen Bürste und gutem Seifenwasser ohne weiteren Zusatz und spült mit heißem Wasser nach. Hierauf wird das noch feuchte Rohrgeflecht mit feinpulverisiertem Schwefel bestreut, was am besten mit einem Zerstäuber geschieht. Unter der Einwirkung der Feuchtigkeit entwickelt dieses Pulver schweflige Säure. Man läßt die Masse bis zum vollständigen Trocknen des Rohrgeflechtes liegen und bürste sie erst dann mit einem trockenen sauberen Pinsel herunter. Stark verschmutzte Peddigrohrmöbel können auch mit einem Bündel Holz- oder Rohrwolle, welche man in lauwarmem Wasser anfeuchtet und in Sand taucht, gereinigt werden. Man reibt möglichst in der Geflechtstrichtung von oben nach unten, spült mit lauwarmem Wasser gut nach und läßt möglichst in der Luft oder in einem erwärmten Raume trocknen. Lackierte Korbmöbel dürfen nur mit lauwarmem Wasser und weichem Lappen gewaschen werden. Zum Nachtrocknen benutzt man ein weiches Tuch.

R. M.